

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 7/51. Jahrgang

Juli 2020

Schutzgebühr: 0,40 €

Gewerkschaftsbekämpfung in Mittelhessen

Bosch greift beteiligungsorientierte und durchsetzungsstarke Betriebsratsarbeit an

Tobias Salin ist aktiver Gewerkschafter und kämpferischer Betriebsrat bei Bosch Thermotechnik in Lollar. Das Unternehmen will ihn loswerden und versucht ihm deswegen seit über einem halben Jahr zu kündigen.

2018 wurde Tobias in den Betriebsrat gewählt, seine Arbeit zeichnet sich dadurch aus, dass er nah an den Kollegen ist, der Werksleitung auch einmal widerspricht und die Kollegen ermutigt, auf ihren Rechten zu bestehen.

Ist diese Art der Betriebsratsarbeit dem

Unternehmen ein Dorn im Auge? Da er als Betriebsrat aber gesonderten Kündigungsschutz genießt, muss eine Kündigung gut begründet sein.

Als Begründung zieht das Unternehmen einen Kommentar von Tobias zu Zwangsarbeit während des 2. Weltkriegs zurate. Bosch als "kapitalistisch" oder "ausbeuterisch" zu betiteln sei diffamierend.

So trug es der Anwalt des Unternehmens vor Gericht vor. Im Güutetermin Anfang des Jahres behaupteten sie

sogar, Tobias hätte mit diesem Kommentar 1500 Arbeitsplätze gefährdet. Später stritt das Unternehmen diese Behauptung ab, obwohl ca. 80 Zeugen im Gerichtssaal saßen, auch die DKP war vor Ort.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Inhalt

Renten / Klima-Aktionstage	S.2
Vergessene Menschen / Bundeswehr	S.3
Bürgerbeschwichtigung / Schulen	S.4
Gießens Abwasser / Notparlamente	S.5
Antirassismus/Uniklinikum	S.6
Staatshilfen/Corona-Politik	S.7
Redaktions-Kollektiv/Termine	S.8

Gegen die Aggressionen und Kriegstreibereien der Türkei

Am 15. und 20.06. nahmen etwa jeweils 200 Menschen in Gießen an den Demonstrationen gegen die Luftangriffe der türkischen Regierung auf Krankenhäuser und Flüchtlingscamps teil.

Diese Angriffe sind eine Kriegserklärung gegen alle demokratischen Kräfte in diesem Land. In der Nacht zum 15. Juni startete der türkische Staat unter dem Namen „Adlerklaue“ eine weitere Militäroperation gegen die kurdische Bevölkerung und versuchte dadurch jegliche Art kurdischer



Autonomie zu verhindern.

In dieser Nacht wurde das Flüchtlingslager Maxmur, die Bradost Region (Kandil Gebiete) und Gebiete in

Shingal im Nordirak von mindestens 50 Kampfflugzeugen bombardiert. Auch ein Krankenhaus in der Shingal-Region wurde getroffen. Nach der Bombardierung entstand ein Flächenbrand um das Flüchtlingslager.

Angaben über die Anzahl der Verletzten und Toten sind am 26.06. noch unklar! Nur durch Widerstand kann der Faschismus und Kolonialismus besiegt werden.

Hoch die internationale Solidarität!

Kurdischer Frauenrat Bercem

Für Frieden und Sozialismus!



Rentenerhöhung – Horrortermin für Grundsicherungs-Empfänger

Ab diesem Juli bekommen Rentner etwa 3,5% mehr Geld. Diejenigen, die es am dringendsten brauchen, können sich allerdings nicht darüber freuen. Alle die, deren Rente so niedrig ist, dass sie mit Grundsicherung aufgestockt werden muss, bekommen den Mehrbetrag sofort wieder abgezogen, da Rente und Aufstockung zusammen nie über Grundsicherung hinaus steigen darf.

Nicht nur das – sie bekommen zusätzlich sehr unangenehme Post vom zuständigen Amt. Dabei erhalten sie keine frohe Botschaft, sondern ein Schreiben, das Befehle und Drohungen enthält. Obwohl die Änderung des Betrags nach Austausch der Daten von Sozialamt und Rentenanstalt automatisch erfolgen könnte, müssen die Zahlungsempfänger zahlreiche Unterlagen, wie den alten und neuen Rentenbescheid sowie alle Kontoauszüge der letzten drei Monate ein-

reichen. Die Frist dafür ist zu kurz, sodass der neue Rentenbescheid bei Fristablauf meist noch gar nicht eingetroffen ist.

Bei Fristversäumung droht das Amt dann mit Zahlungseinstellung und persönlicher Vorladung. In dem Schreiben wird außerdem darauf hingewiesen, dass nicht nur alle Einnahmen, sondern ebenso die Ausgaben überprüft werden.

Ob über das Konto abgewickelte Ausgaben für „Luxus“, z.B. Eintritts- und Fahrkarten oder Barauszahlungen außerhalb des Wohnortes, unangenehme Folgen haben könnten, bleibt dabei allerdings unklar. Diese alljährliche Prozedur wirkt wie eine Schikane, mit der den

Zahlungsempfängern, die oft alt, krank und/oder behindert sind, unter psychischen Problemen leiden und Existenzängste haben, gezeigt werden soll, wie wenig sie in der kapitalistischen Gesellschaft noch wert sind.

Gernot Linhart



(Fortsetzung von Seite 1)

Gewerkschaftsbekämpfung in Mittelhessen

Als die IG Metall Mittelhessen im Nachgang mit einem Aushang im Betrieb auf den Fall aufmerksam machte, bekam Tobias Hausverbot und wurde somit weiter an seiner Betriebsratsarbeit gehindert.

Eine gut organisierte, informierte und lautstarke Belegschaft scheint Bosch verhindern zu wollen. Ohne Gegenwehr herrscht es sich bekanntlich leichter.

Am 10.06. hat das Arbeitsgericht ein Urteil gefällt. Der Richter liest aus dem Kommentar von Tobias eine antikapitalistische Grundhaltung heraus, diese ist zum Glück auch vor deutschen Arbeitsgerichten noch kein Kündigungsgrund. Tobias kann seine Arbeit als Betriebsrat fortführen, auch wenn er jetzt auf Schritt und Tritt überwacht wird und ein eingeschränktes Hausverbot noch bis zum 30.09.2020 gilt.

Martina Lennartz

Klima-Aktionstage

„Wir haben nichts zu verlieren, außer unsere Ketten“

Dreimal kamen im Rahmen der Gießener Klimaaktionstage (19.-21.03) gut 200 Menschen zusammen. Die Veranstaltungen hatten einen sehr unterschiedlichen Charakter. Auf der FfF-Fahrraddemo am Freitag solidarisierten sich die Veranstalter mit dem antifaschistischen und antirassistischen Kampf. Der Verband der Studierenden aus Kurdistan kam zu Wort und wies auf aktuelle Angriffe der türkischen Armee im Nordirak mit verheerenden Folgen für Menschen und Umwelt hin. Eine Schweigeminute für Opfer von Diskriminierung und Polizeigewalt fehlte nicht. Im Kern ging es um Klimaschutz und Klimagerechtigkeit, was nicht auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen werden dürfe. Die Frage, wie die Gesellschaft verändert werden muss, damit dieser Wunsch Realität werden kann, blieb außen vor. Die Ordnungsmacht war stark präsent.

Auf dem Straßenfest am Samstag drehte sich alles um Forderungen an die Gießener Politik: autofreie Innenstadt,

Ausbau eines Fahrradstraßennetzes, Schaffung einer Straßenbahn. Obwohl alle Fraktionen geladen waren, fanden sich lediglich Vertreter der SPD, der Grünen und der Gießener Linken dazu ein. Diese bekannten sich weitgehend zu den Forderungen der Bewegung sowie zu den Magistratsbeschlüssen zur Klimaneutralität. Die Verzögerung der Umsetzung, insbesondere den um 5 Monate verschobenen Bericht der OB, der einen Auftakt dafür darstellen sollte, konnten SPD und Grüne aber nicht schlüssig erklären. Die Ordnungspolizei kontrollierte die Einhaltung der Coronaregeln, denen ohnehin seitens der Beteiligten Geltung verschafft wurde.

Am Sonntag war das gelungene Konzert von F. Vahle der Publikumsmagnet. Als anschließend ein Vertreter von Gießen 2035 Null auf der Bühne kam, lichteten sich allerdings die Reihen. Hier zeige sich die Ordnungsmacht nicht auf dem Platz.

M.H.



Vergessene Menschen - ermordete Kinder in Eichberg

Wer kennt heute noch Günther Tröller, geboren am 11.04.1933 in Gießen? Er wurde mit Behinderungen geboren, hatte Krampfanfälle und die Eltern sorgten für ihn. Als sie das nicht mehr ohne Hilfe bewältigen konnten, wurde er im August 1939 in die Hupfla (heute Vitos-Klinik) in Gießen aufgenommen, auch in der Hoffnung, dass die Ärzte etwas für das Kind unternehmen konnten. In der Krankenakte ist für den 20.09. folgender Eintrag zu finden: „Wurde heute morgen Grundlos von Patienten Kern, der ihn sonst betreut geschlagen.“ (Originalzitat).

Am 29.09.1939 wurde das Kind in das Philippshospital nach Goddelau verlegt, wo man Hämatome am Kopf feststellte und einen Schädelbruch vermutete. Im Oktober schrieb der Vater an das Hospital und bat um einen Bericht über den Gesundheitszustand seines Sohnes. Antwort erbat er an eine Feldpostadresse und erhielt einen beruhigenden

Bericht. In der Krankenakte sind, wie in Gießen, Luminal-Gaben (starke Beruhigungsmittel) vermerkt.

Am 05.06.1941 wurde Günther in die Landesheilanstalt Eichberg verlegt. Diese Anstalt bei Eltville war eine von über 30 „Kinderfachabteilungen“ des „Großdeutschen Reiches“, in denen die Faschisten mehrere Tausend Kinder ermordeten, nachdem sie sie mit medizinischen Versuchen gequält hatten. Bis heute hat sie niemand gezählt. Alleine auf dem Eichberg waren es über 500, die Bücher mit den Sterbeurkunden sind im Internet zugänglich.

Die Krankenakte vom Eichberg enthält keine weiteren medizinischen Einträge. Datiert mit dem 30.08.1941 erhielt der Vater seinen „Trostbrief“, wie man die gefälschten Todesnachrichten nannte: „Wir bedauern Ihnen mitteilen zu müssen, dass ihr Söhnchen Günther heute nach einem heftigen Krampfanfall sanft gestorben ist.“ Günther Tröller

wurde nur 8 Jahre alt und kehrte nicht mehr in die Sonnenstraße in Gießen zurück.

Alleine aus Gießen sind weitere vier Kinder in derselben Anstalt ermordet worden: Marianne Krombach wurde nur 11 Jahre alt, Reimund Henkel nur 12, Georg Hans Wickes nicht einmal 2 und Rosemarie Anna Wagner wurde mit 1½ Jahren umgebracht.

Der Leiter der Klinik, Dr. Walter Schmidt, wurde im Revisionsverfahren des „Eichberg-Prozesses“ 1947 zum Tode verurteilt, 1949 wurde das auf lebenslänglich und 1951 auf 10 Jahre verkürzt. 1953 wurde er auf dem Wege der Strafaussetzung freigelassen und war danach wieder als Arzt tätig.

Aus nahezu allen Orten der Umgebung sind Kinder im Eichberg, Kalmenhof oder einer anderen „Mordanstalt“ umgebracht worden, die allermeisten sind bereits lange vergessen.

Dieter Bender

Bundeswehr wirbt Minderjährige mit Briefsendungen



Knapp 700.000 Jugendliche, darunter viele 16- und 17-jährige haben in den letzten Wochen erneut personalisierte Anwerbeschreiben der Bundeswehr per Post erhalten. Betroffene und Eltern beklagen den mangelnden Daten- und Jugendschutz.

Die Adressierung „potenzieller Anwärter“ (dazu zählen alle, die in einem Jahr volljährig werden und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen) ist gesetzlich erlaubt und die Meldebehörden geben die entsprechenden Daten offensichtlich an das Personalmanagement der Bundeswehr weiter.

Mit den Daten kreierte die Bundeswehr optisch ansprechende, personalisierte Anschreiben, um Minderjährigen den Beruf als Soldat schmackhaft zu

machen.

Deutschland gehört weiterhin zu den wenigen Ländern auf dieser Welt, in denen Kinder für den Dienst an der Waffe rekrutiert werden dürfen. So werden seit etlichen Jahren Jugendoffiziere der Bundeswehr einzig und allein dafür eingeteilt, den Dienst an der Waffe in Schulen und Jugendzentren zu bewerben - auch in Gießen!



Begünstigt werden die Werbemaßnahmen u.a. durch sogenannte Kooperationsabkommen der Bundeswehr mit den Kultusministerien der einzelnen Bundesländer. Damit soll der Zugang zu Berufsschulzentren und allgemeinbildenden Schulen noch reibungsloser funktionieren.



Die neue Post-Werbekampagne bezeichnet einen erneuten Höhepunkt. Wir fordern weiter:

- **Bundeswehr raus aus den Schulen, Jobcentern und Jobmessen!**
- **Kein Werben fürs Sterben!**
- **Keine unfreiwillige Weitergabe von Daten durch Ämter, egal an wen!**

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

SDAJ Gießen findest Du auf Facebook oder: sdaj-marburg@gmx.de



Bürgerbeschichtigung - Von LAGA 2014 zur Zukunft 2035null

Gießen war schon immer eine Stadt der Bürgerbeteiligung, behauptet die SPD auf ihrer Homepage.

Bis 2014 sahen die Umfragewerte für das „Vorzeigeprojekt Landesgartenschau“ in Gießen für die Mehrheit im Stadtparlament nicht rosig aus. Repräsentative Befragungen ergaben

eine ablehnende Haltung der Gießener gegen die Haushalt und Umwelt zerstörende Blümchenschau.

Das Projekt wurde durchgepeitscht. Es haben sich alle Umweltverbände vom Runden Tisch der LAGA zurückgezogen. Auch aus Geldgründen stimmten die Gießener dadurch ab, dass sie dem

durchschlagender.

Die Satzung der geplanten Bürgerbeteiligung sagte ganz klar, dass die Entscheidungskompetenzen der gewählten Volksvertreter nicht berührt werden sollen. Für private Immobiliengeschäfte sollte die Satzung nicht gelten.

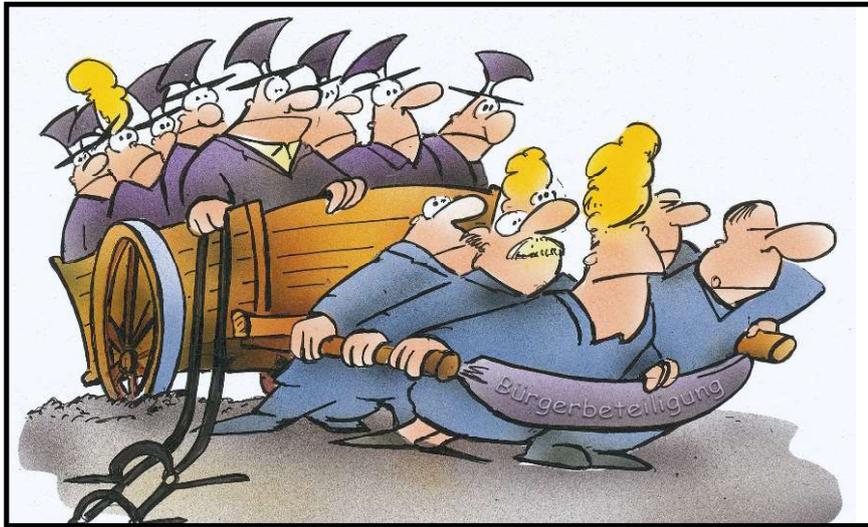
Und mithilfe „beschleunigter Genehmigungsverfahren“ wäre jedes strittige Projekt gegen Bürgerinteressen durchsetzbar. Also – alles nur heiße Luft und ein Mängelmelder für das Kleine.

Nun tritt die Unzufriedenheit der Wählerschaft besonders von SPD und Grünen mit der ungenügenden Verkehrs- und Umweltpolitik immer öfter zutage, weil sich ihre Spitze an den Vorgaben der großen Wirtschaftskonzerne orientieren. „Fridays for future“ lässt sich nicht mehr klein reden. Das „Spiel“ der „Bürgerbeteiligung“ bzw. Bürgerbeschichtigung läuft aber weiter.

Das Stadtparlament beschloss aufgrund einer Unterschriftensammlung von der BI „Lebenswertes Gießen“ die Stadt bis 2035 klimaneutral zu machen, der Magistrat lehnte aber eine Satzung dazu ab. Auf der Gießener SPD-Homepage steht ein Lob auf eine „Bürgerbeteiligungssatzung“, weil sie einen rechtlichen Anspruch des Bürgers begründe und nicht etwas, was nach Gutdünken gewährt würde. Warum nicht auch in der Klimapolitik? „Fridays for future“ und andere Organisationen lassen sich nicht so leicht an der Nase herum führen. Die Umwelttage von über 20 Organisationen zeigten, dass die Zeit der leeren Versprechungen vorbei ist.

Wer sich nicht lautstark wehrt, lebt verkehrt. Die DKP ist dabei!

M. Berger



Schulen: Abstand war gestern

Pandemie hin oder her, die Kultusminister der Länder wollen zurück in den Regelbetrieb. Nach den Sommerferien sollen die Grund- und weiterführenden Schulen wieder vollständig öffnen. „Die Konsequenz ist, dass dafür die Abstandsregel von 1,50 Meter fallen muss“, so die amtierende Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Stefanie Hubig, am Donnerstag vergangener Woche nach einer Videokonferenz mit ihren Länderkollegen. „Mit dieser Ansage kippen die Kultusminister den Infektionsschutz“, erklärte GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann im „Spiegel“. „Wenn das schiefeht, tragen die Kultusminister die Verantwortung.“ GEW-Vorsitzende Marlis Tepe erklärte, auf das Abstandsgebot zu verzichten, sei der falsche Weg. Solange die Abstandsregeln – aus guten Gründen – in der Gesellschaft eingehalten werden müssen, muss dies auch in der Schule gelten.

Abgeschrieben: Unsere Zeit (UZ)

eingezäunten Erlebnis mehrheitlich fern blieben.

Um aus dem Umfragetief zu kommen, propagierte die große Koalition im Magistrat die „Bürgerbeteiligung“ als Kampfbegriff, um das angeschlagene Image aufzupolieren und in den anstehenden Wahlen nicht zu verblühen.

Mit publizistischem Aufwand wurde eine Satzung aus dem Boden gestampft, die auch prompt vom Verwaltungsgerichtshof Kassel einkassiert wurde.

Oh, wie traurig war man im Magistrat! Dabei hätte das eigene Rechtsamt schon vorher den Entwurf korrigieren können. So war das Presseecho aber

UZ unsere zeit
SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DKP

UZ Probe-Abo [6 Wochen]

Das 6-Wochen-Probe-Abo zum Kennenlernen!

Die Print- und Online-Ausgabe gratis.

Das Abo endet natürlich automatisch!

<https://shop.unsere-zeit.de/UZ-ABO>

Gießens Abwasser ist zu teuer

In einer kürzlich in Gießener Anzeiger und Frankfurter Rundschau veröffentlichten Vergleichsstudie ist zu lesen, dass die Bundesbürger je nach Wohnort sehr unterschiedliche Gebühren für Abwasser zahlen müssen.

Bei einer Durchschnittsfamilie werden jährlich zwischen 240 Euro (in Worms) und fast 1000 Euro (in Potsdam) fällig. Gießen liegt mit fast 600 Euro im oberen Drittel. Kommunale Dienstleistungen sollten von Städten und Gemeinden eigentlich kostendeckend erbracht werden. Tatsächlich aber machen viele kommunale Betriebe hohe Gewinne. Diese werden zum Teil in Rücklagen, zum Teil an die Stadtkasse überführt – auch in Gießen sind das jährlich Beträge in Millionenhöhe.

Die parlamentarischen Gremien und die Kommunalaufsicht, die so etwas eigentlich verhindern sollten, sind mehr an gefüllten Stadtkassen als am Wohl der Bürger interessiert. Um hohe Gebühren wie z.B. für das Abwasser zu rechtfertigen, gibt es viele Tricks. Meistens werden dafür hohe Investitionen ins Abwassernetz als Grund angegeben. Diese werden jedoch überwiegend aus Rücklagen finanziert, die aus den Gebühren der Bürger stammen.

Dadurch werden die Zahlungspflichtigen gleich mehrfach belastet – erst bringen sie die Rücklagen auf, dann werden für diese selbst gezahlten Beträge zusätzlich Abschreibungen und Zinsen (die meist deutlich über den Marktzinsen liegen) in die zu zahlenden

Gebühren einberechnet. Abwasser ist ein Monopolgeschäft, parallele Abwassersysteme sind nicht denkbar. Solche Geschäfte privatwirtschaftlicher Betriebe (dazu zählen auch die als Aktiengesellschaft firmierenden Stadtwerke) werden vom Kartellamt überwacht, was nicht für kommunale Betriebe zuständig ist. Deswegen wurden die Mittelhessischen Wasserbetriebe vor einiger Zeit von den Stadtwerken abgetrennt. Die Stadtwerke werden vom Kartellamt kontrolliert, da sie als AG privatwirtschaftlich organisiert sind, wobei einziger Aktionär die Stadt ist.

Diese Form wurde mal gewählt, damit aus den Gebühren Preise werden, die nicht mehr vom Stadtparlament genehmigt werden müssen.

Gernot Linhart

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

3 WOCHEN
GRATIS!
junge Welt

Notparlamente bleiben in Gießen bestehen?

Die Gießener Linke stellte im Juni einen Antrag, um im September nach der Sommerpause mit angemessenen Lockerungen der Corona-Einschränkungen zu den regulären Sitzungen des Stadtparlaments zurückzukehren.

Seit April arbeitet das Gießener Stadtparlament mit einer Art Notstandsregelung. Ein Ausschuss von 15 Mitgliedern aller Fraktionen wurde eingesetzt und ermächtigt, die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Fachausschüsse wurden komplett gestrichen. Der Kreistag beschloss bereits im Mai, dass Ausschüsse

und Kreistage zukünftig wieder unter der Hygiene- und Abstandsregelung regulär tagen sollen.

Eine leicht gekürzte Stadtverordnetenversammlung hingegen wird am 02.07. die Fortführung der Notstandsregelungen auf unbestimmte Zeit beschließen. Insbesondere die generelle Aufhebung der Abstandsregelung und die sogenannte „zweite Welle“ der Corona-Pandemie solle abgewartet werden.

Nur die Gießener Linke wird als einzige Partei der Fortführung unter den Notstandsregeln nicht zustimmen. Dieser



Beschluss würde allerdings bedeuten, dass das Stadtparlament erst frühestens im Frühjahr 2021 wieder zu seinem normalen Betrieb zurückkehren kann.

Die Fachausschüsse, in denen wichtige Informationen ausgetauscht, beraten und pressewirksam mit unbegrenzter Redezeit diskutiert werden können, fänden weiterhin nicht statt. Somit können sie ihre wichtigen Aufgaben für unbestimmte Zeit nicht wahrnehmen.

Die geplanten Versammlungen des Gesamtparlaments im September und Dezember, in denen der Haushalt beschlossen werden soll, sollen hingegen stattfinden.

Luna Rose



Antirassismus muss auch Antikapitalismus sein!

Unter dem Motto „Black lives matter“ haben sich die Proteste gegen den Polizeimord an George Floyd zu einer weltweiten Bewegung entwickelt. Die bürgerliche Presse fragt, verständnislos: Woher kommt wohl dieser Rassismus? Da hilft ein Blick in die Geschichte.

Im US Bürgerkrieg ging es offiziell um die Befreiung von der Sklaverei. In Wahrheit ging es für den in den Nordstaaten entstehenden Industriekapitalismus um die Verwandlung der schwarzen Sklaven in schwarzes Proletariat. Das Konzept des Rassismus entsteht zusammen mit dem Kapitalismus immer wieder aufs Neue und ist keine moralische Frage.

Im Kapitalismus geht es immer um die Verwertung der Arbeitskraft, egal welcher Hautfarbe. Gleichzeitig haben die Herrschenden das Problem, der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung klar zu machen, dass ihr Interesse das Interesse aller wäre. Daher gilt das Prinzip „teile und herrsche“. Rassismus spaltet die Arbeiterklasse und ist ein Teil der sozialen Frage.

Am 4. April 1968 wurde Martin Luther King ermordet. Da er sich nicht mehr

wehren konnte, wurde er zur Leitfigur einer entstehenden schwarzen Mittelschicht und Teilen der weißen Mittelschicht. Ein Element dieses Leitbilds war und ist der amerikanische Traum für alle, schwarz, wie weiß. Dies führte im Jahr 2008 zur Wahl Barack Obamas. Aber auch unter seiner Präsidentschaft veränderte sich das alltägliche Leben der schwarzen Bevölkerung nicht wesentlich. Statt Sozialprogramme



einzuführen, setzte er sich für die Belange der Wall Street ein.

Dabei sah M.L.King ökonomische Ungleichheit als „den Zwilling“ rassistischer Ungleichheit und zog Parallelen zwischen kommunistischen Idealen und dem Christentum als Protestbewegungen gegen soziale Ungerechtigkeit. Die antimperialistische Bewegung der Black Panther wird unter den Teppich gekehrt. Sah sie doch im amerikanischen Traum, einen kapitalistischen Alptraum, den es zu bekämpfen galt.

Die schwarze Bewegung wurde Opfer einer gezielten Antiguerillastrategie. 1971 erklärte Präsident Richard Nixon den Drogen den Krieg. Es wurde ein System der Kriminalisierung und Masseninhaftierung mehrheitlich schwarzer Bürgerinnen und Bürger geschaffen, das bis heute Bestand hat. Der Kampf gegen den Rassismus wird nur erfolgreich sein, wenn er sich mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbindet.

Henning Mächerle



Was wird aus dem Uniklinikum?

Die Zockerei der Multimillionäre um die Profite der Rhön-Kliniken AG ist beendet. Der Asklepios-Konzern übernimmt die Rhön AG, der B.Braun-Konzern gibt sein Aktienpaket ab und wird dafür einen dreistelligen Millionenbetrag erhalten. Dieses Geld zahlen allerdings nicht die verbliebenen Aktionäre.

Stattdessen wird es in den nächsten Jahren aus den Belegschaften der Krankenhäuser herausgequetscht und kommt aus den Mitgliedsbeiträgen der Krankenkassen, die eigentlich für Behandlung und Pflege der Patienten gedacht sind. Asklepios ist berüchtigt

dafür, in seinen Häusern einen „Herr-im-Haus“-Standpunkt durchzusetzen – möglichst keinen Tarifvertrag und keine Betriebsräte oder zumindest gezähmte Betriebsräte.

Dienstleistungen, für die es Billiganbieter gibt, werden ausgegliedert und alles abgestoßen, was den Profit schmälern könnte. Nicht nur für Personal und Patienten, sondern auch für die Studierende und forschende Ärzte kommt eine schwere Zeit. Gießens medizinische Fakultät ist die mit den bundesweit höchsten Durchfallraten bei Examen. Im letzten Jahr musste die Universität

dem Deal der Mehrheitsaktionäre absolut nichts zu sagen hatte, muss schon jetzt

jährlich einen zweistelligen Millionenbetrag zahlen, um Forschung und Lehre zu ermöglichen. Die Asklepios-Manager werden noch höheren Druck ausüben. Fraglich ist ebenso die Zukunft der defizitären Partikel-Therapie in Marburg. Die Rhön AG konnte nur durch Androhung einer hohen Konventionalstrafe gezwungen werden, die beim Verkauf der Unikliniken vereinbarte Einrichtung in Betrieb zu nehmen - Asklepios wird sich an diese Vereinbarungen nicht mehr gebunden fühlen.

Die Privatisierung des Uniklinikums aus rein ideologischen Gründen, über die alle Fachleute und Fachgremien den Kopf schüttelten, war mehr als ein Fehler. Sie sollte so schnell wie möglich rückgängig gemacht werden.

Gernot Linhart



sogar eine besondere Einrichtung schaffen, um die mangelhafte Lehre am Krankenbett einigermaßen auszugleichen.

Wenn es für Medizinstudenten eine freie Wahl des Studienplatzes gäbe, würde wohl kaum jemand Gießen oder Marburg wählen.

Das Land Hessen, das bei

Keine Staatshilfen für Stellenabbau und Sozialdumping

Am 25.06. entschied eine außerordentliche Aktionärsversammlung der Lufthansa über die Annahme von Staatshilfen in Höhe von 9 Milliarden Euro. Die Ausschüttung dieser Gelder ist, wie auch bei anderen staatlichen Unterstützungen im Rahmen der Corona-Krise, in keiner



Weise mit Beschäftigungs- und Standortgarantien oder einem Minimum von Sozial- und Arbeitsstandards verknüpft. Dabei spielt es keine Rolle, ob die betroffenen Unternehmen die Staatshilfen in Form von direkten Beteiligungen, Kapitalbeteiligungsfonds, Garantieübernahmen, Haftungsfreistellungen oder Liquiditätshilfen erhalten.

Ginge es nach dem DGB, so solle sich dies in Zukunft grundlegend ändern. Mindestvoraussetzung für die Bewilligung staatlicher Gelder soll eine Standort- und Beschäftigungsgarantie für alle Beschäftigten sein. Weitere Bedingungen sind Tarifbindung und Mitbestimmung durch Betriebsräte. Auf der Forderungsliste des DGB steht außerdem ein Verbot von Gewinn- und Dividendenausschüttungen sowie Aktienrückkäufen. Vorstands- und Managergehälter müssen gedeckelt und gewinnabhängige Vergütungen für Geschäftsführer und Vorstände begrenzt werden. Des Weiteren muss Steuerflucht ein Ausschlusskriterium für Staatshilfen sein.

Außerdem fordert der DGB eine regelmäßige und effektive Kontrolle bei der Verwendung staatlicher Gelder. Die Kapitaleseite hat naturgemäß ganz andere Vorstellungen. Exemplarisch steht dafür der Milliardär und Großaktionär bei der Lufthansa Heinz Hermann Thiele. Dieser hat seine Position zu Staatshilfen am Beispiel der Lufthansa medienwirksam

dargestellt: Staatshilfen dürfen auf keinen Fall Massenentlassungen im Weg stehen oder diese verzögern. Allerdings sind die oben aufgeführten Vorschläge der Gewerkschaften aus volkswirtschaftlicher Sicht sicher die klügeren. Ob es gelingt diese durchzusetzen, hängt auch davon ab, ob es gelingt auch in der Krise betriebliche und gesellschaftliche Gegenmacht zu organisieren.

Ulf Immelt



Wie mit Corona Politik gemacht wird Angriffe und fehlende Gegenwehr

Die ökonomische Krise war im Kommen, als die Monopole mit der Corona-Pandemie eine öffentliche Legitimation sahen, staatliche Gelder zu beziehen, um die Produktion stillzulegen und Überkapazitäten abzubauen. Besonders die Automobilkonzerne nutzten diese Möglichkeit. Kombiniert wurde das mit der Einführung der Kurzarbeit im öffentlichen Dienst und der

Forderungsliste des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall. In einem Strategiepapier machte der auf: Kürzung der Zuschüsse des Kurzarbeitergeldes, von Schichtzuschlägen, Beschäftigte sollen für Arbeitsschutz gegen Corona zahlen usw.

Die IGM ging den maßlosen Angriffen ins Netz. Ihr "Solidaritarifvertrag" entspricht der Unterordnung der Arbeiter unter das von der Krise gebeutelten Kapital. Auf den Beschäftigten lastet der Druck der Krisenabwälzung. Das ganze wurde durch den Staat flankiert: seit Anfang April sind in einigen Bereichen 12-Stunden-Arbeitstage möglich. Die Situation in den Schlachthöfen spricht für sich. Bereits jetzt



haben die Deutsche Bahn, die Deutsche Bank und Karstadt Stellenabbau angekündigt.

Gleichzeitig wird über die Anschaffung von Atomwaffen diskutiert und die Parlamente stimmen immer weitergehenden Maßnahmen zu ihrer eigenen Entmachtung zu: regiert wird mittels ministerieller Erlasse. Damit, und mit der Einschränkung demokratischer Grundrechte werden der Arbeiterklasse und den anderen nichtmonopolistischen Schichten wesentliche Möglichkeiten genommen: der Druck, vor allem von außen auf die Parlamente.

Bei aller Vorsicht vor Corona – Kopf hoch und Zähne zusammen. Mit der zunehmenden Krise werden die Angriffe auf uns zunehmen und damit auch die Notwendigkeit, sie abzuwehren.

Kurt Baumann

2020: Bitte die Abogebühren bezahlen - und bitte spenden

Wir benötigen dringend Spenden, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können.

Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo bleibt verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener linke Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE 75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank das Redaktionskollektiv

Liebe Leserinnen und Leser

Im vorigen Gießener Echo teilte die langjährige Chefredakteurin und Gestalterin des Echos, Erika Beltz, mit, dass sie sich ab sofort aus dieser Arbeit zurückzieht. Die verbliebene Redaktion, alle, die an der Zeitung mitgearbeitet haben und die gesamte Gießener Kreisorganisation danken Eri für die 50 Jahre Zeitungsarbeit.

Das Echo ist in all den Jahren regelmäßig erschienen und keine einzige Ausgabe fiel jemals aus, was für eine Kleinzeitung ziemlich einmalig sein dürfte. Außer den regelmäßigen Ausgaben erschienen zu vielen Anlässen „Extra-Echos“, die oft in großer Auflage verteilt wurden. Einige Jahre gab es den „Der wahre Jakob“, eine humoristische Fastnachtsausgabe, die beim Gießener Fastnachtszug unter die Narren gebracht wurde und viele Freunde fand. Zu den besten Zeiten der DKP erschien außerdem einige Betriebszeitungen wie das „Klinik-Echo“, „Der rote Anker“ und „Roter

Fernmelder“, bei denen Eri mitwirkte. Das „Gießener Echo“ hat mit seiner Mischung aus lokalen Themen und der Darstellung unseres Blickes auf die „große“ Politik bundesweit Freunde und Abonnenten. Unsere Chefredakteurin hatte vielen Lesern Monat für Monat zu einer interessanten, informierenden und bereichernden Lektüre verholfen. Wir alle bedauern Eris Ausstieg, wünschen ihr alles Gute und hoffen, noch den einen oder anderen Artikel von ihr lesen zu dürfen.

Die Gießener DKP möchte das Echo natürlich weiterhin herausgeben, wofür sich eine neue Redaktion gebildet hat. Mit vereinten Kräften wollen wir nun versuchen, unsere Leser weiterhin regelmäßig zu beliefern und die Qualität bestmöglich zu erhalten. Wir freuen uns über Mitarbeiter, Anregungen, Rückmeldungen und Kritik. Viele Grüße, euer Redaktions-Kollektiv des Gießener Echos

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an uns.

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:

Anschrift:

Mail:

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwortl.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC: SKGIDE5F. Druck: Gründruck. Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: g.linhart@gmx.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Redaktionsschluss für August-Echo: Mi., 22. Juli

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV



blog.unsere-zeit.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de

DKP-Gießen auch bei facebook

Termine

Folgende Veranstaltungen sind geplant:

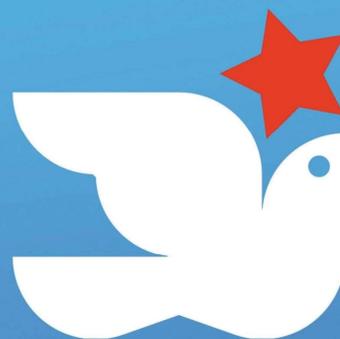
11.07.2020 ab 10:30 Uhr:
Infostand der DKP Gießen am Kugelbrunnen, Seltersweg Gießen

06.08.2020 ab 16:00 Uhr:
75 Jahre Atombombenwurf auf Hiroshima und Nagasaki am Hiroshima-Platz (Katharinenplatz) in Gießen

19.09.2020:
"Mit den Roten im Grünen feiern" - Näheres zum Sommerfest der DKP Gießen wird im nächsten Echo bekannt gegeben!



**21. UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST DER DKP**



**NEUER
TERMIN!**

27. - 29. AUGUST 2021